

Riesener Tageblatt



und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Drahtschrist: Tagesblatt Riesa.
Genuss, Nr. 29.

Das Riesener Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Kursthauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptkassamts Reichen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkassentor: Dresden 1923
Skoloff: Riesa Nr. 52.

Nr. 253.

Montag, 29. Oktober 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesener Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 27. 10. bis 2. 11. 9 Millionen Mk. einschließlich Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 3 mm hohe Druckzeile (6 Zeilen) 120 Mk.; die 89 mm breite Reklameseite 400 Mk.; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Der jeweils zur Berechnung gelangende Zeilenpreis ergibt sich aus vorstehenden Grundzahlen vervielfältigt mit der am Tage der Aufnahme gültigen Anzeigensatzelzahl. Feste Tarife. Gewählter Rabatt erwünscht, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rotturms gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtigste Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Zeitung oder auf Nachzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Helmke, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa. Zahlvermerk: 18 Millionen.

Vorgehen des Reiches gegen Sachsen und Bayern.

Die sächsische Regierung soll zurücktreten.

10. Berlin, 27. Oktober. Nachdem die der Sächsischen Landesregierung angehörenden kommunistischen Mitglieder in Auftruf an die sächsische Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten und zur Ausschaltung gegen die Reichsgewalt aufgereizt haben, hat der Reichskanzler den Sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Seigler aufgefordert, den Rücktritt der derzeitigen sächsischen Landesregierung herbeizuführen, da die Reichsregierung die gegenwärtige sächsische Regierung nicht mehr als eine Landesregierung im Sinne der Reichsverfassung anerkennt. Der Reichskanzler hat dabei zum Ausdruck gebracht, daß er die Antwort des sächsischen Ministerpräsidenten im Laufe des Sonntags erwarten und hat von den Maßnahmen Kenntnis gegeben, die die Reichsregierung im Falle einer Ablehnung ihrer Aufforderung sofort ergreifen wird.

(Diese Meldung, die uns am Sonnabend 9.15 Uhr abends zugeht, haben wir bereits durch Auszug bekannt gegeben. D. Redaktion.)

Der Beschluß einstimmig erfolgt.

(Berlin. Die Mitteilung der „Welt am Montag“, daß die sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts gegen das Schreiben an den sächsischen Ministerpräsidenten gestimmt hätten, ist unrichtig. Der Beschluß, das Schreiben abzusenden, ist einstimmig gefaßt worden.

Die sächsische Regierung lehnt ab.

10. Dresden. (Amtlich.) Auf das vom Reichskanzler an die sächsische Regierung gerichtete Ultimatum, zurückzutreten, ist folgende Antwort erteilt: Die sächsische Regierung lehnt das Anrufen des Reichskanzlers, zurückzutreten, entschieden ab. Ein politischer Einlass dazu liegt nicht vor und rechtfertigt das Verhalten der Reichsregierung nach der Reichsverfassung unzulässig. Nur der sächsische Landtag ist legitimiert, die Regierung abzurufen. So lange das nicht erfolgt, wird die sächsische Regierung auf ihrem Posten ausharren. Sie wird aber alsbald im Landtage eine Entscheidung hierüber herbeiführen.

Die Vertrauensfrage Seigners an den Landtag.

Dresden. Die sächsische Regierung wird in der Sitzung des sächsischen Landtages am 30. Oktober eine Entscheidung darüber herbeiführen, ob sie noch das Vertrauen des Landtages besitzt.

Ein Reichskommissar für Sachsen.

Zur Entschickung der sächsischen Regierung wird heiß bemerkt: Der Reichspräsident hat durch eine gestern erlassene Verordnung den Reichskanzler ermächtigt, die sächsische Regierung und namentlich andere sächsische Behörden abzusetzen. Der Reichskanzler wird auf Grund dieser Ermächtigung, nachdem nunmehr die Entscheidung der sächsischen Regierung gefallen ist, sofort einen Reichskommissar für den Freistaat Sachsen beehren.

(Berlin. Wie der „Montag“ (Sonderausgabe des „Vollanzeigers“) wissen will, wird zum Reichskommissar für Sachsen der frühere Chef der sächsischen Staatskanzlei, Ministerialdirektor Dr. Schulze, ernannt werden.

Kampfanlage der Kommunisten.

Der Landesvorstand der KPD. und die sächsische Landtagsfraktion der KPD. verbreiten ein Flugblatt, in dem außerordentlich scharf gegen das Reichswehrkommando, Ve-

nerallieutenant Müller, Stellung genommen wird und in der es u. a. heißt:

Wir Kommunisten erklären: Wir stehen auf dem Boden der Grundrechte durch den Herrn General. Wir stehen auf allen Verbote und Erlasse, die noch kommen werden. Wir sind in die Regierung eingetreten, um gemeinsam mit den Sozialdemokraten die werksichtigen Massen zum Kampfe gegen die Militärdictatur, Faschismus und Kuchengeneration zu mobilisieren. Wir werden die Massen mobilisieren, mag der General noch so gut tanzen, wie die Schwerindustrie, die Junker, Spekulanten und Faschisten wissen. Wir fordern die Arbeiterklasse auf, das Verbot der Grundbesitzer mit der Aufstellung unablöslicher neuer Grundbesitzer, das Verbot der Aktionärsausschüsse mit der Bildung von Aktionärsausschüssen in jedem Betrieb zu beantworten.

Diese offene Kampfanlage der Kommunisten mag der Reichsregierung die Veranlassung zu ihrem letzten scharfen Vorgehen gegen die sächsische Regierung gegeben haben.

Die freien Gewerkschaften und der sächsische Konflikt.

Berlin. Die freien gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen werden am Dienstag in Berlin in einer Sitzung zum sächsischen Konflikt und zu dem Hilferuf der sächsischen Gewerkschaften Stellung nehmen.

Keine Thüringischen Beschlüsse zur sächsischen Angelegenheit.

21. Mar. Die die Telexunion von zuverlässiger Stelle erfährt, hat wohl gestern Abend eine Sitzung der Mitglieder des Thüringer Kabinetts stattgefunden, doch sind Beschlüsse über die sächsische Angelegenheit nicht gefaßt worden.

Eine Reichsforderung an Bayern.

Gleichzeitig mit dem Vorgehen gegen Sachsen hat die Reichsregierung folgende Aufforderung an Bayern gerichtet:

10. Berlin, 27. Oktober. Am Verfolg der am 24. Oktober von der Konferenz der Ministerpräsidenten und Gesandten der Länder gefassten Entschickung hat die Reichsregierung an die bayerische Staatsregierung das Ersuchen gerichtet, die verfassungsmäßige Reichsgewalt im bayerischen Teil der Reichswehr in kürzester Zeit wieder herzustellen.

Nach einer Meldung der „Montagspost“ aus München ist die an Bayern gerichtete Note, in der die bayerische Regierung aufgefordert wird, die verfassungsmäßigen Zustände wiederherzustellen, dem Ministerpräsidenten von Rüttling am Sonntag überreicht worden. Heute Montag findet im Wilhelm ein Ministerrat statt, der sich mit der Note der Reichsregierung beschäftigen wird.

Wie die „Montagspost“ aus München meldet, fand dort am Sonntag eine stark besuchte Landeskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Bayerns statt. Es wurde eine Entschickung angenommen, in der es heißt: Die ganze Unhaltbarkeit der heutigen Zustände ist dadurch charakterisiert, daß die bayerische Regierung die Wehrsamverweigerung eines hohen Reichswehroffiziers gestillt und gedeckt hat und daß der Generalstaatskommissar erklären kann, er verhandele mit der Reichsregierung nicht. Unerschütterlich zu allen weiteren Opfern bereit heißt die Sozialdemokratische Partei treu zum Reiche. Sie erwartet aber auch, daß namentlich die verantwortlichen Reichsmitglieder ihren Verpflichtungen nachkommen, Hüter von Reich, Verfassung und Reichseinheit mit der Tat zu sein.

(München. Der schicklichstehende Anschlag des bayerischen Oberbayerischen-Schwaben der Deutschen Volkspartei hat eine Entschickung gefaßt, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß durch die Verführung der bayerischen Reichswehrtruppen, den Anspruch Lothars und die neuesten Erklärungen von Adolf Hitler der Konflikt in leidenschaftlicher Weise verschärft habe. Es wird die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß das bayerische Gesandtenministerium einen abschließenden Ausgleich mit der Reichsregierung herbeiführen werde.

bedeuten. Sinau kommt, daß Poincaré noch eine ganze Anzahl anderer Forderungen aufgestellt hat, durch die die neue Konferenz von vornherein für Deutschland völlig entwertet wird. In England hat man angesichts dieser Lage von offiziöser Seite auch bereits die Frage aufgeworfen, ob unter diesen Umständen die Konferenz überhaupt noch Zweck hat. In Washington ist man hoffnungsvoll. Man ist bereit, Sachverständige zur Verfügung zu stellen. Daß in erster Linie Morgans Name genannt wird, stimmt allerdings auch nicht gerade hoffnungsvoll. Ist doch Morgans politisch wie wirtschaftlich völlig auf die französischen Verhältnisse eingestellt. So, man sagt ihm sogar nach, daß er Poincaré in seiner Außenpolitik immer wieder beträgt habe, da er sich mit dem Wane der Gründung eines europäischen Staatlerstes trage und diesen Gedanken mit Hilfe der französischen Wehrtruppen verwirklichen will. Die amerikanische Presse begrüßt naturgemäß die neue Konferenz, wenigstens sich auch hier und da Bedenken gegen die Verantwortlichkeit Morgans geltend machen.

(Brüssel. Meldung der Wogen belge. Die belgische Regierung hat den Rabinetten von London und Washington mitgeteilt, daß sie dem zweiten von der amerikanischen Regierung gemachten Vorschlag zustimme, monach die Zahlungsfähigkeit Deutschlands durch einen von der Reparationskommission zu ernennenden Sachverständigenausschuss abzuklären sei.

K London. Der Untersekretär des Auenern McNeill erklärte gestern in einer Rede, er ferne sich außerordentlich, daß die Einladung zur Prüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands von den Franzosen angenommen worden sei. Es bestehe daher augenblicklich sehr große Hoffnungen, daß eine neue Lage durch diese Vereinbarung herbeigeführt werde. Ob es sich erwidlichen lassen werde, in naher Zukunft auch nur einen Teil der Reparationen zu erfüllen, das England und Frankreich für die furchtbaren Schäden des Krieges geschuldet würden, könne er augenblicklich kaum sagen. Die Grundlase der früheren Politik der letzten britischen Regierung sei die Aufrechterhaltung der Entente mit der größtmöglichen Gestlichkeit.

10. New York. Die Annahme des englischen Vorschlages zur Einberufung eines internationalen Sachverständigenausschusses zur Stabilisierung der Wirtschaftslage Deutschlands begriffen die Washingtoner Amtskreise als Schritt zur Reparationsregelung. Nach der „Associated Press“ bezeichnet die zuständigen Stellen, sofern die Lage sich in diesem Sinne weiter entwickle, es als sicher, daß mit Zustimmung der Washingtoner Regierung der zu ernennende amerikanische Sachverständigenausschuss als Mitglied beitreten werde.

Das Treiben der Sonderbändler.

10. Aachen. Die Exekutive für Rheinland-Nord hat hier eine von Mathies unterzeichnete Proklamation angeschlagen, monach zur Rettung des Rheinlandes in letzter Stunde vor völliger Zerstückelung durch Frankreichs Schuld und vor strafbarischer Revolution die unabhängige Rheinische Republik erklärt und die provisorische Regierung gebildet worden sei. Die Autorität der Belgischen Macht sei sichergestellt. Die Autorität der Belgischen Macht sei sichergestellt. Die Autorität der Belgischen Macht sei sichergestellt. Die Autorität der Belgischen Macht sei sichergestellt.

10. Aachen. Der Landesherr des Sonderbändlers Beckers entzogen. Der erklärte, die internationalisierte Rheinlands-Kommission habe die sogenannte Regierung der Rheinlands-Republik und ihre bürgerlichen Vertretungen anerkannt, wird hier von zuständigen Stellen mitgeteilt, daß sowohl der Reichsdelegierte wie auch der Bezirksdelegierte der Rheinlands-Kommission den amtlichen deutschen Stellen gegenüber diese Behauptung für falsch erklärt habe. Oberbeamten für Tisard erklärte, er werde nur die Regierung anerkennen, die die tatsächliche Macht habe.

10. Mainz. Die Sonderbändlerische „Regierung“, die inzwischen wohl eingesehen hat, daß die Minister Bevölkerung tren zum Teufel dem Reiche hält, veröffentlichte einen weiteren Aufruf, in dem allen Wehrfähigen geboten wird, wiederum große Versammlungen gemacht werden. Es wird versprochen: Wertbehaltende Föhung, Revision der Wehrerfolge, Wehrbehaltung des Nationaldenkmals, Wehr der Reichsmietverpflichtung, Wehrleistung der Wehrämter, Unantastbarkeit des eigenen Grundbesitzes. Unterzeichnet ist der Aufruf von einer Art Dr. Roth. Den deutschen Zeitungen, die gegenüber dem gehen von den Sonderbändlern in den Mainzer Wäldern amandweile veröffentlichten Aufruf einen Gegenaufruf veröffentlichten wollten, wurde diese Veröffentlichung verboten. Darunter sollte der Aufruf platziert werden, was jedoch nicht gelang. — Kurz nach der Besetzung des Stadthauses am Sonnabend nachmittag fand eine Durchnäfung familiärer Räumlichkeiten durch die Franzosen statt. Wegen abend wurde das Stadthaus von den Franzosen und Sonderbändlern wieder geräumt. — In der Nacht zum Sonnabend drang ein aus Düsseldorf kommender Haufen nach Aachen der dortigen Bevölkerung soll es sich um Sonderbändler gehandelt haben) in das Dorf Hausbach am Kreis (Grenzort) ein, angeblich um Vieh zu requirieren. Die Wehrmacht trat den Eindringlingen mit Druckschüssen entgegen. Es kam zu einer blutigen Schlägerei, in deren Verlauf vier Eindringlinge getötet und auf beiden Seiten eine große Anzahl von Personen zum Teil schwer verletzt wurde. Sonnabend nachmittag zwischen 5 und 6 Uhr drangen die Sonderbändler erneut in das Dorf Hausbach ein und legten drei Gehöfte in Brand. Der Feuerweh aus der Nachbarschaft gelang es, einen weiteren Umtrieben des Feuers einzufangen zu tun.

Die Lage im besetzten Gebiet.

Die Entwicklung in den letzten Tagen ist einmal durch die politischen Bestrebungen in der Separatistenbewegung, auf der anderen Seite durch die immer unhaltbarer werdende Wirtschaftslage der dritten Klassen gekennzeichnet. Nachdem die Kampfhandlungen in den verschiedenen Städten zu einem gewissen aber wohl nur vorläufigen Abbruch gekommen sind, kann im allgemeinen das Scheitern der Bewegung festgestellt werden. Man hat den Eindruck, als ob die ganze Bewegung unheilvoller denn je geführt ist und als ob es sich um die Generalpolitik der verschiedenen Gruppenführer handelt, die mit den jeweiligen örtlichen Führern gemeinsame Sache gemacht haben, ohne eine einheitliche Leitung herbeizuführen. Die Anerkennung der Wirtschaftsherrschaft dort, wo sie erfolgt haben, die auf der Schingung der Oberkommission eine allgemeine Anerkennung der Separatistenbewegung nach sich ziehen soll, wird von britischer Seite naturgemäß stark bekämpft. Die Behebung der wirtschaftlichen Not, die durch die Entlassungen und Waffenkündigungen hervorgerufen ist, wird von Seiten der deutschen Industrieführer durch Einleitung neuer Verhandlungen zu Beginn dieser Woche erstrebt. Die französischen Forderungen sind jedoch darauf weitgehend, daß die Beständigeausschüsse auch jetzt nicht allzu stark auf-

Kriegs. Der Düsseldorf-Korrespondent des Welt Journal' berichtet, daß ein...
Der Düsseldorf-Korrespondent des Welt Journal' berichtet, daß ein...
Der Düsseldorf-Korrespondent des Welt Journal' berichtet, daß ein...

Die Beschäftigung der Bergarbeiter.
Gegenwärtig finden im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen darüber statt, inwieweit sich im Ruhrgebiete eine Stilllegung der bergbaulichen Betriebe als notwendig erweist. Es wird notwendig sein, daß ein Teil der Arbeiter, die durch unglückliche Verhältnisse benachteiligt sind, weiterbeschäftigt werden muß. Der Betrieb wird jedoch auf einigen Zechen in gewissem Maße aufrecht erhalten werden müssen, um den eigenen Bedarf der Zechen zu befriedigen, auf den übrigen Zechen dürfte mit einer Einschränkung des Betriebes zu rechnen sein. Schätzungsweise wird ungefähr ein Viertel der Zechen zum Erliegen kommen. Die Zahl der Arbeitslosen wird sich dann auf circa 150 000 belaufen.

Die Räte-Verurteilung.
In dem Reichsgericht-Prozess Buchruder und Genossen wurde am Sonnabend das Urteil gefällt. Buchruder erhielt 10 Jahre Zuchthaus und 100 Millionen Reichsmark Geldstrafe. Derser wurde zu 2 Jahren 6 Monaten, Dahn zu 8 Monaten, Sorge zu 6 Monaten, Fliese und Reichel zu je 5, Wouciniski, Walter und Schenk zu je drei Monaten verurteilt. Stobbe und Körtge, Dabowski, Rihs und Burckardt wurden freigesprochen. Allen Angeklagten werden drei Wochen Untersuchungshaft angeordnet. Ehrenstrafen wurden nicht verhängt. Mit Ausnahme von Buchruder und Derser sind alle aus der Haft entlassen worden.

Das Nachspiel der Hamburger Mordfälle.
Am Sonnabend trat zum erstenmal das außerordentliche Gericht unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Pfeiffer zusammen, um gegen die verhafteten Kommunisten aufzutreten zu verhandeln. Der 22-jährige Angeklagte Thorwald wurde wegen Mordes und Aufrufes zum Tode, und wegen verübten Todschlags und anderer Verbrechen zu sechs Jahren Zuchthaus, fünf weitere Angeklagte wegen Landfriedensbruchs und Minderdeutsen zu Freiheitsstrafen verurteilt, davon einer zu einem Jahr Zuchthaus; die übrigen zu zwei Monaten bis zu einem Jahr Gefängnis. Es handelt sich durchweg um Leute von durchschnittlich amalan Jahres. Auch ein sechsjähriger Tischlerlehrling befand sich darunter, der zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt wurde, weil er sich den Anordnungen der Polizei widersetzt und die Menge zum Widerstand aufgefordert hatte. Ein weiterer Beamter der Schupo ist seinen Verbindungen erlegen, so daß sich die Zahl der getöteten Polizeibeamten auf 14 erhöht hat. Die Zahl der Toten und Verwundeten auf kommunistischer Seite konnte noch nicht festgestellt werden, da der Sanitätsdienst der Kommunisten die Verletzten und auch die Toten selbst weggeschafft hat. In den Krankenhäusern sind bis jetzt 75 Tote eingeliefert worden.

Die Streiklage in Polen.
gestaltet sich gegenwärtig wie folgt: Der Eisenbahnerstreik gewinnt an Ausdehnung und verdrängt sich auch auf den Bereich der Warschauer Eisenbahndirektion und zwar Petrikau, Czeskochau und Gostom. Infolge der Einstellung des Güterverkehrs ist die Verbrodantierung der Städte gefährdet. In Lodz ist der Generalstreik in der Textilindustrie proklamiert worden und das infolge Ablehnung der Lohnforderungen der Textilarbeiter. Die Arbeiter verlangen eine 120%ige Lohnverhöhung, während die Industrie nur 20% zuerkennen wollen. In Krakau ist ein Streik der Postangestellten ausgebrochen. Das Postgebäude wurde vom Militär besetzt. Der Streik im Dombrauer und Krakauer Kohlenrevier, der vor 4 Wochen begonnen ist, dauert noch an. Insgesamt streiken 70 000 Bergarbeiter.

Nachmals die Kohlenversorgung der Reichsbahn.
Eine Aufsicht von interessierter Seite an verschiedene Tageszeitungen befragt sich mit der Kohlenversorgung der Reichsbahn. Wiederum wird behauptet, daß in den deutschen Bergbaubetrieben Abbaumangel herrscht, daß die Bestände sich mehren und daß sogar Feuerlöcher angelegt werden müßten. Dem ungeachtet treffe die Reichsbahn Vorbereitungen für Einfuhr ausländischer Kohle. Daraus wird folgendes nochmals festgestellt: Nicht jede Kohle läßt sich als Lokomotivkohle verwenden. Die Verfeuerung ungenutzter Kohlenarten hat zwangsläufig die Verringerung von Zugkraft und Geschwindigkeit zur Folge. Um möglichst große Mengen deutscher Kohle zu erhalten, braucht die

Reichsbahn ihre Ansprüche an Größe und Qualität, soweit überhaupt technisch möglich, zurück. Die Reichsbahn hat bereits erklärt und wiederholt es nochmals, daß sie bereit ist, alle verfügbare, im Lokomotivbetrieb verwendbare Großkohle, die ihr vom Reichskohlenkommissar überwiesen wird, zu übernehmen. Heute fehlen der Reichsbahn an heimischen Lokomotivkohlen aus den bekannten Gründen 700000 Tonnen im Monat. Soviel Kohlen kommen nach dem übereinstimmenden Urteil des Reichskohlenkommissars, der Reichsbahn und aller Kohlenfachverständlichen, trotz des jetzigen Rückganges im Kohlenverbrauch der Industrie, der Landwirtschaft und der Bevölkerung nicht auf. Auch aus dem Ruhrgebiet sind infolge seiner fortwährenden Abschnürung durch das Verhalten der Besatzungsmächte nennenswerte Kohlenmengen für die nächsten Zeit nicht zu erwarten. Wenn die Reichsbahn in diesem Betriebe nicht zum Erliegen kommen soll, muß die in Deutschland nicht zu beschaffende Lokomotivkohlenmenge deshalb anderwärts, das ist aus dem Ausland, beschafft werden.

Goldmarktrechnung auch bei der Reichsbahn.
Infolge des Niederganges der Papiermark und der zunehmenden Umstellung der deutschen Wirtschaft auf die Goldmarkrechnung wird auch die deutsche Reichsbahn zum 1. November 1923 im Personen-, Güter- und Gepäckverkehr zum Goldmarktarif übergehen. Die bisherigen Grundtarife, die durch Verflechtung mit der Schillertarife den zu erlegenden Papiermarkbetrag ergaben, werden auch künftig der Tarifrechnung zu Grunde gelegt, nur mit dem Unterschiede, daß die Verflechtung mit dem jeweiligen Kurs der Goldmark erfolgt. Der Umrechnungskurs der Goldrechnungsmark ist die Papiermark zum Goldtarif und dem amtlichen Dollarkurs an der Berliner Börse festgesetzt und den Eisenbahndienststellen telegraphisch mitgeteilt. Dieser auf Millionen Tage für die Umrechnung des Goldtarifs in Papiermark zur Anwendung. Die Wertigkeit der Ketten wie bisher. Besondere Einwirkungen, wie Verweisung an bestimmte Schalter, in Notfällen an bestimmte Wechselkästen, läßt sich dort nicht umgehen, wo der zunehmende Umlauf von Rentenmark, Dollarkassanweisungen, Goldanleihe usw. die Umrechnung am Jahresarbeitsjahr die Wertigkeit zu sehr ausfallen würde. An der vierstägigen Gültigkeit der Fahrkarten ändert sich auch bei Einführung der Goldmark nichts. Die Rücknahme der Fahrkarten am Schalter ist nur am Börsenstage zulässig. Fahrgehd, Gepäck, Fracht usw. werden zum Goldtarif am Tage der Zahlungseinforderung festgesetzt. Prachtfindung findet nur noch auf Goldbasis statt. Nachweisungen sind nur noch in Goldmark zulässig. Der 10 procentige Zuschlag bei Überreisungsstrafen fällt mit Einführung des Goldumrechnungsstarfes weg.

Der Erzbischof von Köln.
bittet die Auslands-Katholiken um Liebesgaben.
Der Erzbischof von Köln, Kardinal Schulte, richtet an die Katholiken des Auslandes folgenden Aufruf:
An die Katholiken des Auslandes öffentlich diesen flehentlichen Aufruf zu richten, zwingt uns die grauenvolle Hungersnot, in die die nach Millionen zählende Bevölkerung meiner Erzdiözese an Rhein und Ruhr durch die allgemeine Arbeitslosigkeit und Unordnung von Tag zu Tag grauenvoller hineingestoßen wird. Mir schütet und bricht das Herz über den Jammer des Volkes, dessen Untergang mein Ohr hören und mein Auge sehen muß. Auf meinen oberhirtlichen Reisen bitten mich Bischofliche und Bürgermeister händelnd, alles Erdensich zu verlassen, um die unabweisbar drohende Katastrophe einer blutigen Schreckenszeit, eines großen Sterbens von den hungerrnden, freitenden, erbitterten und verzweifelten Bevölkerung, namentlich von den Schwachen und Kranken, von den Müttern und Kindern doch noch wenn möglich in letzter Stunde abzuhalten. Mein Rettungsruuf hat mit innerer und äußerer Politik nichts zu tun, er soll auch niemand anklagen. Er wird mir aber eingegeben von der heiligen Ueberzeugung, daß es meine Pflicht ist, wie ein Vater für die Millionen in dieser Zeit grauenvoller Lebensnot das Neueste zu wagen. Es geht ohne Uebertreibung um Millionen von Menschenleben, den Mittelpunkt europäischer Kultur. Um der Liebe des gekreuzigten Heilandes willen wende ich mich daher an Euch, Katholiken des Auslandes, auf daß Eure christliche Nächstenliebe dem Beispiel der Mildezeitigkeit des Heiligen Vaters folge. Bringt den katholischen Rheinländern und der gesamten hier lebenden Bevölkerung mit Euren Liebesgaben schnell Hilfe, ehe es zu spät ist. Sendet uns vor allem Lebensmittel für unsere vielen Großstädte und Industriezentren. Man helfe auch der Bevölkerung in den nächsten Wochen mit Lie-

dung und Pöbeln. Die Sendungen mögen an den katholischen Caritasverband für die Erzdiözese Köln oder an die örtlichen katholischen Caritas-Sekretariate der Erzdiözese gerichtet werden. Solche bestehen in Aachen, Barmen, Bonn, Krefeld, Trier, Düsseldorf, Elberfeld, Essen, Köln, Mönchengladbach, Mülheim (Ruhr), Oberhausen, Opladen, Solingen, Steele, Werl, Bielefeld, Verden (Ruhr). Zum Schluß bittet der Erzbischof die Besatzungsmächte, den Eisenbahnerverkehr für diese Zwecke in weitgehendstem Maße freizugeben.

Das Arbeitsgesetz — der vorläufige Entwurf.
Der Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeitszeit ist nunmehr dem Reichstage zugegangen. Der Entwurf steht auf dem Boden der Vereinbarungen, die zwischen den Regierungsparteien und der Reichsregierung getroffen sind. Er folgt den Richtlinien der Note an die Reparationskommission vom 13. November vorigen Jahres. Der Entwurf beschränkt sich darauf, diejenigen Punkte neu zu regeln, in denen unter entsprechender Berücksichtigung der sozialpolitischen Belange wesentliche Änderungen für die freie Betätigung des Arbeitswillens mit dem Ziele der Förderung und Verbilligung der Gütererzeugung befehtigt werden können; er schafft freie Bahn für Maßnahmen vom strengen Achtstundentage, und zwar in erster Linie durch tarifliche Abrede, in zweiter Reihe durch behördliche Genehmigung. Dabei hält der Entwurf an dem Grundsatze des Achtstundentages fest und lehnt es ab, jede Begrenzung fallen zu lassen. Der Entwurf wird ausdrücklich als vorläufig gekennzeichnet. Für Beamte hat der Entwurf keine Geltung, wohl aber für die Angestellten und Arbeiter der Reichs- und Staatsbetriebe. Die Regelung der Arbeitszeit für Beamte erfolgt bekanntlich durch ein besonderes Gesetz.

Das Internationale Arbeitsamt zum Achtstundentage in Deutschland.
Zur Frage des Achtstundentages in Deutschland bemerkt der Direktor des Arbeitsamts Thomas: Im Deutschland wurde vor einigen Tagen anlässlich der Erörterungen über den Achtstundentage die Frage der Vollmachten auf sozialpolitischem Gebiet erörtert und die Möglichkeit einer Auffassung des Achtstundentages, welche nicht nur die deutsche Arbeitererschaft, sondern die aller Länder sozialistisch interessiert. Vor zwei Tagen habe die deutsche Regierung dem Reichstag ihren Entwurf unterbreitet. Was besagt Artikel 17? Die regeredete Dauer der täglichen Arbeit unter Ausschluß der Arbeitspausen beträgt 8 Stunden. An gewissen Tagen allerdings kann man die Arbeitsverringerung anderer Tage ausgleichen. Abweichungen sind nach Vereinbarung mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen vorgesehen. Über auch der neue Text unterscheidet sich von dem Text, der vor der politischen Veränderung in Deutschland im Reichstag zur Debatte stand. Die Grundzüge des Friedensvertrages bleiben alle gewahrt. Ja man könne sagen, daß in den Kreisen des nationalen Empfindens, die gewisse Länder durchgemacht, diese unantastbaren Grundzüge des Vertrages voll bestätigt würden. Thomas schloß seine Rede unter großem Beifall mit einem Appell an das Vertrauen der Arbeitererschaft.

Tagesgeschichte.

Der Streik in Oberschlesien beendet.
Der Streik in Oberschlesien beendet. Der vor einer Woche in Deutsch-Oberschlesien ausgebrochene Streik der Gruben- und Hüttenarbeiter ist für beendet erklärt worden. Nachdem am Sonnabend in den letzten Abendstunden bereits Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer stattgefunden haben, wurde am Sonntag in einem abgehaltenen Funktionen- und Betriebsratstag beschlossen, den Streik abzulassen und mit der Arbeitsaufnahme zu beginnen.
Im Hafnarbeiterstreik in Hamburg fällt der Sonderlichungsausschuss einstimmig einen Schiedspruch, nach dem bis zum 31. Oktober der Schichtlohn 64,80 Millionen beträgt. Es wird angenommen, daß die Mehrzahl der Arbeiter dem Schiedspruch zustimmen und am Montag sich wieder zur Arbeit einfinden wird.
Der Vorstrafen in München. Die Polizei hat neuerdings Streiken zur Erfassung unredimierbaren Leibesstrafen veranstaltet. In einer Reihe von Gasthäusern der Altstadt und im Bahnhofsviertel wurden verschiedene Personen wegen unerlaubten Handels mit Gold und Silber genommen, von denen einige sich auch wegen unerlaubten Aufenthalts in München zu verantworten haben werden. — Die vom Generalkonsulatskommissar beantragten Ausweisungen läßt der Reichskriegsminister auf Baurer in belaufen sich bisher auf 40 Fälle; die Wohnungen der Ausgewiesenen wurden von den Franzosen vertriebenen Deutschen zugeteilt.

Angelas Heirat.

Roman von L. G. Robert H. Nachdruck verboten.

14. Fortsetzung.
„Wir ist jeder Tag recht, der Fräulein Karberg paßt.“ erklärte Erich ruhig. „Wenn sie sich entschlossen hat, mich nach Ihrem Vorschlag zum Mann zu nehmen, so braucht die Sache nicht unnötig hinausgeschoben zu werden. Die Trauung ist ja nur eine Form, und je eher sie erledigt ist, desto besser. Aber wie ich schon sagte, ich füge mich vollständig Fräulein Karbergs Wünschen.“
Nachdem Erichs wohlklingende Stimme verklungen war, herrschte ein paar Augenblicke lang tiefes Schweigen im Zimmer, und man hörte tatsächlich nichts weiter als Angelas erregtes, heftiges Atmen. Endlich sagte sie so leise, daß man es ihr fast von den Lippen ablesen mußte: „Wiso ich bin bereit, die Bedingungen zu erfüllen, die Herr Kästner in seinem Testament gestellt hat.“ Dann atmete sie tief auf, als ob sie sich eine schwere Last vom Herzen gewälzt hätte, und fuhr in natürlicherem Ton fort: „Und ich überlasse alles Ihnen, Herr Justizrat, und Ihnen, Herr Martens. Bitte, bestimmen Sie den Tag, mir ist es ganz gleich, wann die — die Trauung stattfindet. Aber es ist mir lieber, wenn Sie alles anordnen, ich bin mit allem einverstanden.“ Dann erhob sie sich und sah den Justizrat mit Augen an, die ihn an ein sterbendes Reh erinnerten.
Er kam zu ihr herüber, klopfte ihr auf die Schulter, sprach in einem väterlichen, beinahe zärtlichen Ton zu ihr wie zu einem kranken Kind und tröstete sie lächelnd.
„Sie müssen sich nicht so aufregen, liebes Kind.“ sagte er. „Wir werden alles besorgen. Es war eine peinliche Verhandlung für Sie, aber jetzt brauchen wir Sie nicht mehr, und Sie dürfen nach Hause gehen. Herr Martens und ich werden alle gerichtlichen und geschäftlichen Dinge erledigen, die mit der Sache zusammenhängen, und dann werden wir einen passenden Tag ausfinden oder besser noch mehrere, zwischen denen Sie wählen können. Ich freue mich wirklich sehr über Ihren Entschluß.“
„Wirklich?“ sagte sie leise, und ihre grauen Augen bildeten ihn forschend an. „Ich hoffe nur, ich habe recht gehandelt. Ich bin mir noch nicht ganz klar darüber, aber ich habe es getan, weil Sie mir sahen, es würde ihm vor-

wärts helfen. Und es ist mir sehr lieb, daß Sie sich darüber freuen.“
„Das tue ich von Herzen.“ sagte er warm, „und ich bin überzeugt, so ist es am besten. Und nun soll ich Ihnen etwas von meiner Frau ausrichten, liebes Kind. Sie läßt Sie bitten, Ihre Stellung jetzt gleich aufzugeben und bis zu dem Hochzeitstag zu uns zu kommen. Meine Frau freut sich auf die Zeit, die Sie bei uns zubringen werden, sie hofft, Sie recht bald zu sehen und wird versuchen, es Ihnen für die paar Wochen recht gemütlich zu machen. Und natürlich soll es auch von uns aus zur Trauung gehen. Nicht wahr, Sie werden uns allen Seiten das Vergnügen machen, ein blühendes Jugend um uns zu sehen?“
„Heiße Tränen traten Angela in die Augen.“
„Oh, wie gültig von Ihnen! Wie lieb und freundlich.“ rief sie. „Wenn Frau Diehl mich gehen läßt, werde ich natürlich sehr, sehr gern zu Ihnen kommen, ich wüßte nichts, was ich lieber täte.“
„Frau Diehl wird Sie schon gehen lassen.“ versetzte der Justizrat, „und wenn Sie es nicht gutwillig tut, dann komme ich und hole Sie aus der Hölle des Löwen. Und nun leben Sie wohl für heute, mein liebes Kind. Kopf hoch! Denken Sie daran, daß all Ihre Sorgen nun vorüber sind, und daß ein neues, glückliches Leben für Sie beginnt.“
„Leben Sie wohl.“ sagte Angela, „und vielen, vielen Dank!“ Sie schüttelte dem alten Herrn herzlich die Hand und wandte sich dann mit einer gewissen Schüchternheit an Erich.
„Leben Sie wohl.“ wiederholte sie, „und haben Sie Dank, daß Sie so nachsichtig gewesen sind!“ Und sie streckte ihm ihre kleine Hand hin.
„Darf ich — soll ich — das heißt, wünschen Sie, daß ich Sie besuche?“ fragte Martens, und eine Verlegenheit, die ihm sonst ganz fremd war, ließ ihn nicht gleich die rechten Worte finden.
„Nein, oh nein!“ rief das Mädchen aufgeregt und sah ihn an, als hätte er etwas ganz Schreckliches vorgefallen. „Nein, bitte, kommen Sie nicht! Ich will alles tun, was Sie und Herr Doktor Grüning für recht halten, aber bitte, besuchen Sie mich nicht, es ist mir wirklich lieber. Ich möchte ja nicht unhöflich sein, aber es ist mir wirklich lieber.“

Trotz ihrer Versicherung, daß sie nicht unhöflich sein wolle, schloß Martens sich gedrückt, dennoch ihre Erregung ihm fast lächerlich vorkam. Aber er hatte es gut gemeint mit seinem Anerbieten, und sein Stolz fühlte sich verletzt. Er fand, sie hätte sein Entgegenkommen etwas freundlicher aufnehmen dürfen.
Er und der Notar vertiefen sich sofort in geschäftliche Auseinandersetzungen über die Teilung der Erbschaft, während Angela mit glühenden Wangen und heftig klopfendem Herzen den Linden aufstrebte. Hier befing sie einen Omnibus, kletterte aufs Dach hinauf, denn sie hatte das Gefühl, daß die Luft dort oben ihr heißes Gesicht kühlen werde und überließ sich ihren Gedanken. Der eine aber, der immer wieder auftauchte und alle anderen beherrschte, war der, daß sie eingewilligt hatte, einen Mann zu heiraten, von dessen Existenz sie vor einer Woche noch keine Ahnung gehabt hatte. Sie hatte ihm tatsächlich versprochen, seine Frau zu werden, allerdings nur dem Namen nach, aber doch immerhin seine Frau! Sie wollte mit einem fremden Mann die Ehe eingehen, einem Mann, den sie nicht liebte, den sie natürlich auch nicht lieben konnte, wenigstens — hier drach der Gedankengang ganz unermittelbar ab, und Angela wiederholte sich immer wieder: „Natürlich kann ich einen Menschen nicht lieben, den ich zum erstenmal gesehen habe, das ist doch unmöglich, ganz vollständig unmöglich. Bleibe auf den ersten Blick ist ein Unsinn, der nur in Romanen vorkommt, jeder vernünftige Mensch weiß, daß es das nicht gibt. Und doch — nein, nein, ich kann ihn selbstverständlich nicht lieben!“
Aber den ganzen Abend verließ sie den Gedanke an ihn nicht mehr. Sie sah sein Gesicht mit den ersten und doch gültigen Augen, sie hörte seine wohlklingende Stimme, sein Bild verfolgte sie überall. Und auch im Traum wollte es sie nicht loslassen. Sie sah sich auf einer sonnigen Wiese voll gelber Dotterblumen, die Berden sangen hoch über ihrem Kopf, und ein Mann kam rasch auf sie zu, ein großer Mann mit gebietenden braunen Augen. Er schritt mitten durch die goldenen Blumen, ein Lächeln voller Glück und Liebe spielte um seine Lippen, und er streckte ihr beide Hände entgegen und rief mit seiner tiefen, klangvollen Stimme: „Endlich, mein Lieb — endlich.“

Generalkreis in Frankfurt a. M. In einer Beschlusseitzung der Parteiführer wurde beschlossen, den von den Kommunisten proklamierten Generalkreis fortzuführen. Es wurde jedoch tötlich der Streikleitung lebhaftes Bedauern über das Verhalten verschiedener Parteimitglieder geäußert, die sich nicht dafür einsetzen wollten, daß ihre Betriebe von den Beschlüssen unberührt bleiben. Das Generalkreisblatt verhält sich weiterhin ablehnend. Zur Regelung der Arbeitszeit. Die Gültigkeit der Demobilisierungsverordnungen über die Regelung der Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter und Angestellten läuft am 31. Oktober ab. So daß eine Verlängerung der Geltungsdauer erforderlich geworden ist. Die Reichsregierung hat diese Verlängerung bis einschließlich Sonnabend, den 17. November, beschlossen. Bis dahin ist mit einer Verabschiedung des vorläufigen Beschlusses über die Arbeitszeit, das die Demobilisierungsverordnungen erlassen soll, zu rechnen, da der Reichstag voraussichtlich wieder am 6. November zusammentritt.

Vertikales und Sächsisches.

Miesä, den 29. Oktober 1923.
Über Verwendung kleiner Geldscheine und Münzen zu Wohltätigkeitszwecken erläßt die Amtshauptmannschaft im heutigen amtlichen Teil eine Bekanntmachung, in welcher sie gleichzeitig um Unterstützung des Liebeswerkes bittet.

Anton Günther. Wenn kein Wunder, daß am Sonnabend Höpnersaal starken Besuch aufwies, bot uns doch der Verein „Sächsischer Heimatschutz“ Gelegenheit, Anton Günther aus Gottesgab, den Sänger des Erzgebirges, kennen zu lernen. Wer kannte nicht die traute Volkskunst dieses belmaträrken Dichters und Tonsetzers aus den Veldern, die bereits allgemeines Volksgut geworden sind! Hier steht alles zusammen, was der Deutsche an Wort und Ton zu geben vermag, der würdevoll die Kraft zu jedem Versschlag in Natur und Volk der Heimat findet. Was vermag doch Anton Günther in uns zu wecken, wenn er zu seiner Laute singt: „Gehst du das Saatet net“, „Wu der Wälder haamlich rauschen“ und das wunderliche „Bei Wasserhaus!“ Nicht bloß in der Seele des geborenen Giebreglers erwacht da eine Welt von Jugend- und Heimatgedenken, auch wer als Wander- oder Sommergast Einfuhr gehalten droben auf den Höhen, läßt sich gern in der Liebeswele Günthers umfassen von Tannenschwänzen, Quellenwundern und lieblichen Stübchen. Wie tief der Sänger seinen Landesleuten ins Herz geföhrt, bewies „Der alte Hannesmab“, und wie hart sich Günthers Kunst zu geben vermag, zeigte der Vortrag der Liebes-„Heteroimab“ und „Vergähmeinnicht“, welche letzteres er in seiner sinnigen, auf deutschen Art den gesungenen Kameraden widmete. Auch du, lieber Schilder deutscher Sängersmann, halt die mit deinen Liedern, an denen alles echt und gesund ist, in unsern Herzen ein Verahmeinnicht für immer erlingen; denn — um mit Fontane zu sprechen — „der ist in tieferer Seele treu, der die Heimat so liebt wie du“. Zwischen Günthers Liedern bot der Garmitzer Mundartdichter Max Wenzel ergebnisreiche Unterhaltungen, die von der trefflichen Gabe des Vortragenden zeugten, dem Wolfe keine Gewohnheiten und Schwächen abzulassen und die verwundbare Stelle mit dem Meile des Scherzes und Spottes an treffen. Neben Erzählungen, wie „Dr Vinsichtant“ und „s Cohaaten“, schloß Wenzel den Vogel ab mit dem „Bantafel“ und „Der Sonnenfinsternis“. Alle Rahmenlein und Hände wußte Max Wenzel in Bewegung zu setzen. Besonders dankbar sei anerkannt, daß der Dichter bei seiner Kunst auch ernste Stoffe und Lebenslagen verwendet und damit tiefere Wirkungen zu erzielen weiß, wie die Ballade „Ruf mich, ich komme“ und „Dr ange Gung“ trefflich erwiesen. Den beiden lieben Gästen sei für ihr Kommen herzlich Dank gesagt, der auch dem Verein Heimatschutz für die Veranstaltung gilt. Der Verein besteht aus dem Besuche seiner Wende selbst, daß er mit seinen Bekrübungen auf dem rechten Wege ist.

Die Zahlung der Novembergebühren. Die Kriegsschadigten und Kriegshinterbliebenen erfolgt am 29. 10. 23 im erhöhten Betrage durch die Postanstalten. Ferner ist beabsichtigt, diese Zahlung in allen nächsten Zeit eine zweite in derselben Höhe folgen zu lassen. Auch diese zweite Auszahlung wird durch die Postanstalten erfolgen. Eine Verzahlung von Renten durch die Versorgungsämter findet in Zukunft nicht mehr statt.

Wirtschaftszahlen für den Fernspreverkehr. Die Nachrichtenstelle der Oberpostdirektion teilt mit: Wirtschaftszahlen: Die Schlußzahl für den Fernspreverkehr ist mit Wirkung vom 1. November an auf 15 000 000 000 festgelegt worden. Demnach kostet vom 1. November an ein Gespräch im Ortsverkehr (Grundpreis 10 Pfg.) 15 000 000 000 M., ein Gespräch im Vororts- oder Bezirksverkehr (Grundpreis 20 Pfg.) 30 000 000 000 M.

Zugveränderungen. Der Personenzug 977 zwischen Großenhain—Wriezen wird ab 29. Oktober 1923 18 Minuten früher. Ab Wriezen 4,58 Uhr nachm., an Großenhain 5,07 Uhr nachm. Sonnabends verkehrt dieser Zug jedoch wie bisher: ab Wriezen 5,16, an Großenhain 5,25 nachm. Der Personenzug 978 a, der bisher am letzten Werktag jeder Woche zwischen Cottbus—Großenhain—Dresden, 5,03 nachm., verkehrte, fällt ab 27. Oktober 1923 fort.

7 Milliarden für eine Reichsmark. Der Verkauf von Reichsbilbermünzen durch die Reichsbank erfolgt vom 29. d. M. ab bis auf weiteres zum 7 Milliardenfachen Betrage des Nennwertes.

Brotd- und Kartoffelbeihilfe für Gewerkschaft, Sozialrentner u. a. Das Sozialministerium hat beschlossen, den Gewerkschaften, den Sozialrentnern, die unter die Notstandsmaßnahmen fallen, den Kleinrentnern, den Kriegsschadigten und Kriegshinterbliebenen, die Zulagente beziehen, und den Armenverordneten angesichts der außergewöhnlichen Notlage eine Beihilfe in Kartoffeln und Brot zu bewilligen. Erstmalig wird ein Brot auf den Kopf der Versorgungsberechtigten verteilt. Eine Anrechnung auf die Rente findet nicht statt.

Patentklausur des Regierungsrats Daus. Das Wehrkreiskommando teilt mit: Die am 25. Oktober nachmittags über Regierungsrat Daus, Vollgeheimamt Meißel und Kraftwagenführer Wittenzwei verhängte Schußhaft ist am 28. Oktober abends wieder aufgehoben worden. Bei Regierungsrat Daus hat sich der gegen ihn ausgesprochene Verdacht in dem einen Falle als unhaltbar erwiesen, in dem anderen Falle hat sich herausgestellt, daß er, Meißel und Wittenzwei lebhaft auf Befehl ihrer Vorgesetzten gehandelt haben.

Zahlungenmittelmangel bei den sächsischen Staatskassen. Durch plötzliches Ausbleiben der für die Beamtengehälter-Auszahlung notwendigen Zahlungsmittel, die vom Reich zu liefern waren, ist die Zahlung der Beamtengehälter am 26. Oktober zum Teil verzögert worden. Das sächsische Finanzministerium trägt an diesem bedauerlichen Vorfall keine Schuld. Es hatte im Gegenteil alle möglichen Maßnahmen ergriffen, um die rechtzeitige Auszahlung sicherzustellen; es bemüht sich ersichtlich, die nötigen Zahlungsmittel so schnell wie möglich zu erhalten und es hofft, daß dies baldigst der Fall sein wird.

Landeskirchliches Notgesetz. Für die am 26. November in Dresden zusammentretende neue 12. ord. ev.-luth. Landesynode liegt aus Kreisen des sächs. Pfarrerevereins ein Antrag vor, unversätlich durch ein

Notgesetz für die Dauer bis zur Entschädigung des zwischen Staatsregierung und Landeskirche stehenden Streitfeldes eine den besonders schwereren Verhältnissen angepaßte Stellvertretung für die beiden Herren Präsesidenten des Landeskonfessionsrats zu schaffen. In der Begründung dazu heißt es u. a., es sei nicht abzusehen, wie lange sich die endgültige Entscheidung hinauszögern würde. In dieser Hinsicht könne die Landeskirche jeden Augenblick vor folgenschweren Entscheidungen gestellt werden. Auch entsehe dem Staate und der Öffentlichkeit gegenüber bei längerer Dauer des jetzigen Zustandes der falsche Eindruck, daß die Kirche selbst die Bedeutung der leitenden Stellen verhältnismäßig gering einschätze. Der gegenwärtige Schwerezustand müsse auch auf das Vertrauensverhältnis zwischen Kirchgemeinden und Kirchenleitung verhängnisvoll wirken. Die Eingabe schließt mit den Worten: Die sächsische Pfarrerschaft hat jetzt über ein Jahr die schwersten Entbehrungen, drückende Not und kräftezerreibende Nebenarbeit, oft in stillem Helmentum, getragen. Sie erwartet nun aber auch, mit aller Entschiedenheit aus der löhrenden Ungewißheit und Unsicherheit auf fester Stützmöglichkeit und gegenwärtiger Nothilfe für die Kirche tatkräftig und zielbewußt zurückgeführt zu werden. An das ev.-luth. Landeskonfessionsrat richtet die Kirchlichkeit im besonderen die wünschenswerte ergebene Bitte, durch kurze Mitteilungen, etwa in den Berordnungsblättern, über die jeweiligen Schritte der Kirchenleitung und ihre Ergebnisse auf dem Laufenden erhalten zu werden.

Eröffnung der Bahnstrecke Gelling—Wittenberg am 10. November 1923. Die Reichsbahndirektion Dresden gibt amtlich bekannt, daß die Neubahnstrecke Gelling—Wittenberg (Erzgeb.) der Schmalspurigen Nebenbahn Weidenau—Wittenberg (Erzgeb.) mit der Station Wittenberg (Erzgeb.) für den Personen-, Gepäck-, Export- und Güterverkehr am 10. November eröffnet wird. Der bisherige Endbahnhof Gelling-Wittenberg erhält von diesem Tage ab die Bezeichnung „Gelling“.

Warum muß man eine Zeitung lesen? Niemals ist die Zeitung für den Einzelnen so wichtig gewesen wie jetzt. Das Lesen einer Zeitung bedeutet: Verbundensein mit Deutschlands Schicksal, Deutschland Zukunft. Wer sich als Mitglied des Staates fühlt, und eingebunden in die große Maschinenwelt, wie er höchst persönlich an der Erhaltung des Ganzen beteiligt ist, der wird wissen, warum er die Augen offen halten muß. Er wird hören müssen, was in Politik und Wirtschaft vor sich geht. Wer keine Zeitung liest, schaltet sich aus der Allgemeinbeit aus und ist die Verknüpfung mit den Beisamem, die jeden anrachen, ob er will oder nicht. Die Not der Stunde bringt es mit sich, daß jeder, der die Zeitung nicht täglich und regelmäßig liest, wirtschaftliche Schädigungen erleidet.

Döbeln. Der Standortärzte Döbeln teilt mit: Schon mehrfach wurde beachtet, daß Arbeiter vom Hauptbahnhof Döbeln, 3 Uhr abends in geschlossenem Zuge nach der Stadt markierten. Sie laugen hierbei das Herz der markierenden Arbeiter und markierten durch den um die Kaserne gezogenen Dammstreifen. Am Donnerstag abend markierte wieder eine geschlossene Kolonne von etwa 60 Mann (eines) im Dammstreifen der Kaserne von Bahnhof her. Hiergegen wurde eine Truppenabteilung eingesetzt, die den Zug zerstreute. Es wurden einzelne vorläufige Festnahmen vorgenommen von Leuten, die die Anordnungen der Truppen nicht befolgten. Zum Teil mußte von der blauen Waffe Gebrauch gemacht werden, wobei ein Mann leicht verletzt wurde, der aber noch am selben Abend seinen Dienst versehen hat.

Fretberg. Hier ist am Sonnabend der Generalkreis ausgebrochen worden. Es wird nicht nur in den Industrien, sondern auch in Handel und Gewerbe gestreift. Die arbeitswichtigen Betriebe wurden durch Drohungen zur Arbeitseinstellung gezwungen, sogar die Zeitungen dürfen nicht erscheinen. Die Reichswehr verhält sich abwartend. Es sind neue Truppen in Freiberg eingetroffen.

St. Egidien. In der Nacht zum Sonnabend brach in der Scheune des Schwarzenbergischen Gutsgehöftes, früher Rittergut Wärendstein, ein Brand aus, der sich in zolender Schnelligkeit auch auf das Wohnhaus und aufs Seitengebäude ausdehnte. Das Feuer fand durch die eingebrachten Entschloffenen, die sowohl in der Scheune als auch im Wohnhaus lagerten, sehr reichlich Nahrung. Alle drei Gebäude wurden ein Raub der Flammen. Sämtliches Mobiliar wurde vernichtet, die Bewohner vermochten nur das nackte Leben zu retten. Das Vieh konnte außer einem Schwein, das wieder in den brennenden Stall zurücktrat, durch hilfsbereite Nachbarn ins Freie gelassen werden, wo es ziemlich die ganze Nacht frei umherlief. Der Schaden ist unerschöpflich. Brandstiftung kann als sicher angenommen werden.

Lauterbach. Hier wurden am Donnerstag nach einer Scheune, in der Mannschaften aus der Reichswehr untergebracht sind, zu wiederholten Malen Steine geworfen. Als die Mannschaften aus der Scheune traten und Nachforschungen anstellten, wurden aus dem Gebäude zwei Schüsse auf sie abgegeben. Die Soldaten erwiderten das Feuer, worauf die Täter flüchteten. Verletzt worden ist niemand. — In Oelszig wurden drei Personen auf Anordnung des Verhörsabers verhaftet.

Aue. Auf Befehl des Generals Müller wurden von der Sicherheitspolizei die Kommunistenführer Jettel, der Vorsitzende des Betriebsrates der Firma Wellner Söhne, Bahian, der Bahnbetriebsortlicher Franz in Lauter und vier Kommunisten aus Schwarzenberg in Schutzhaft genommen.

Leipzig. In der Nacht zum 25. Oktober brachen Einbrecher in die St. Laurentiuskirche ein und stahlen Gewänder und gottesdienstliche Geräte aus Edelmetall. — In der Nacht zum Freitag stahlen Einbrecher aus einem Damen- und Kinderkleidgeschäft in der Deckelstraße das ganze Lager an Kleidern, Mänteln, Röcken usw. im Gesamtwerte von etwa 50 Millionen Mark.

Blutige Zusammenstöße in Sachsen.

23 Tote, 31 Verwundete.

Das Wehrkreiskommando 4 teilt mit: In Freiberg kam es am Sonnabend zu ersten Zusammenstößen zwischen Reichswehr und radikalen Elementen. Im Laufe des frühen Nachmittags wurde auf Anforderung der Polizei Reichswehr auf zwei Lastkraftwagen in die Stadt entandt, um Ansammlungen zu zerstreuen und Ausmachungen vorzunehmen. Um 4 Uhr nachmittags erbat der Postdirektor militärische Hilfe, da 4 Reichswehrsoldaten im Postamt bedrängt wurden. Die Reichswehr säuberte den Postplatz, bedrängte die im Postamt bedrängten Leute, wurde aber sodann von der Menge mit Steinen beworfen und mit Wiskolen beschossen. 4 Soldaten wurden verwundet, davon 2 schwer. Die Reichswehr machte in der Notwehr von der Schußwaffe Gebrauch.

Hierauf wird noch ergänzend berichtet: Die am Abend zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung aus Brand-Erbisdorf herbeigezogene und die Stadt einseitig Kompanie des 11. Infanterieregiments rief unweit der Post auf eine größere Menschenmenge, gegen die nach vergeblicher mehrmaliger Aufforderung zum Auseinandergehen den Vorschriften entsprechend von der Schußwaffe Gebrauch gemacht wurde. Von der Menge wurde das Feuer besonders aus einem Grundstuck „Rote Grube“ erwidert. Dabei benutzten die Aufbrüder sogar ein Maschinengewehr. Die Kompanie säuberte im weiteren Verlauf die Straßen. Patrouillen haben während der Nacht die Stadt durchsucht

Heutiger Dollarkurs (AWL.): 65162 000 000 M.

Fernsprechmeldung, ohne Gewähr.

und Verhaftungen vorgenommen. In der Nacht wurden von Aufbrüchern über die Umgehung der Rasterne Dandranaten geworfen. Auch zahlreiche Schüsse fielen. Schaden wurde nicht angerichtet. Nach den endgültigen Feststellungen sind bei der Reichswehr zwei Mann schwer, einer leicht verletzt. Von den Aufbrüchern und Missetätern sind 23 tot, darunter eine Frau. 31 Verwundete wurden bisher in das Krankenhaus eingeliefert.

Es ist festgestellt, daß bei dem Vorgehen an der Post am Nachmittags des 27. 10. die anzureisende Menge durch aus planmäßig vorgegangen ist. Eine ganze Reihe von Personen, die bei den letzten Erwerbslosen-Demonstrationen eine führende Rolle gespielt haben, waren bei diesem Zusammenstoß beteiligt. Zweifelsdaste ausmärtige Elemente (einen in anderer Anzahl die Aufwiegler) gespielt haben. Einwandfreie Gewährungsleute haben mitgeteilt, daß mit Sabotage und Terrorakten in den nächsten Tagen gerechnet werden muß. Auch verdient besondere Beachtung, daß am 26. 10. in Steinbrüchen in der Umgebung von Freiberg mehrere Pulvermagazine gewaltfam erbrochen und Dynamit und andere Sprengstoffe in beträchtlicher Menge gekohlen worden sind. Einige Täter sind bereits ermittelt, ein Teil der Sprengstoffe wieder herbeigeföhrt worden. Ueber das Verhalten der Reichswehr während des Kampfes in Freiberg bekäftigen durchaus sachliche Beobachter, daß sie in ihrer Zurückhaltung trotz wüster Beschimpfung durch die Menge bis zum Nehesten gegangen sind.

Die Truppenbewegung in Sachsen.

Vom Wehrkreiskommando erfahren wir: Am 28. 10. wurde von der Reichswehr Ober-Sandau-Dainichen-Rohwein, ferner Weringswalde-Denzig-Neerane und Kuerbach-Reichenbach erreicht.

Wauen. Die Reichswehr, die am Dienstag hier eingezogen war, ist Sonnabend früh bis auf eine Kompanie mit Saug und Klana wieder abgerückt.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 29. Oktober 1923.

Die sächsischen Minister ihres Amtes enthoben.

D. S. L. Dresden. Die Nachrichtenstelle der sächsischen Staatskanzlei teilt amtlich mit: Die sächsischen Minister haben heute mittag je eine Verordnung des neu ernannten Reichskommissars Dr. Heine erhalten, wonach sie ihres Amtes enthoben sind. Die sächsische Regierung wird diesen Akt bei der Reichsregierung Protest erheben und die sofortige Einberufung des Reichstages fordern, außerdem wird sie eine Zusammenkunft der Ministerpräsidenten der Länder betreiben. Der Wehrkreiskommandeur verbietet den Zutritt des Landtages.

Dr. Heine Reichskommissar für Sachsen.

D. S. L. Dresden. Wie das Wehrkreiskommando mitteilt, hat der Reichskanzler den Minister a. D. Dr. Heine zum Reichskanzler für Sachsen ernannt.

Der Zusammentritt des sächsischen Landtages unterjagt.

D. S. L. Dresden. Das Wehrkreiskommando erläßt folgende Bekanntmachung: In Ausübung der volkshchenden Gewalt verordne ich: Bis auf weiteres tritt der Landtag nicht zusammen.

Der Militärbefehlshaber, gen.: Müller, Generalleutnant.

Der wichtigsten Beschlüssen der D. S. P. D.

Berlin. Der „Montagmorgen“ berichtet: Die sozialdemokratischen Parteivorstände werden am Montag zu der Frage Stellung nehmen, ob die Sozialdemokratie noch weiterhin einem Kabinett Stresemann anhängen könne. Nach der „Welt am Montag“ ist der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auf Dienstag mittag einberufen worden.

Vor einem Streik der Bankbeamten.

Berlin. Die Organisations der Banken haben den mit den Angestelltenorganisationen abgeschlossenen Tarifvertrag gekündigt und den jüngsten Streikbescheid über die Gehälter der Beamten abgelehnt. Heute Montag findet eine Waffenerklärung der Berliner Bankangehörigen statt und morgen Dienstag wird in den einzelnen Betrieben die Abstimmung über den Streik erfolgen.

Sozialdemokratische Führer auf Reisen.

Berlin. Die „Welt am Montag“ berichtet: Am Sonntag vormittag sind mit dem sächsischen Generalen in Berlin Dr. Grabnauer die Mitglieder des sozialdemokratischen Parteivorstandes Silberding und Dittmer sowie der Wieder- ausbauminister Robert Schmidt nach Dresden gefahren, um sich mit der sächsischen Regierung ins Vernehmen zu setzen. Auch der Vorstand der Berliner Sozialdemokratie Reichstagsabgeordneter Künstler hat diese Reise unternommen. Von den sozialistischen Führern waren am Sonntag Wels und Hermann Müller in Nürnberg, Seemann in Köln und Erdmann in Pilsen.

Wiederaufnahme der Arbeit in Frankfurt.

Frankfurt a. M. Die Absente des Metallarbeiterverbands haben die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen.

Die Tschekoslowakei zur Lösung der Reparationsfrage.

Brag. Der Präsident der Republik erläßt aus Anlaß des fünften Jahrestages der Republik eine Botschaft an die Abgeordneten, Senatoren und Wähler, in der es u. a. heißt: Während meiner Anwesenheit in den Hauptstädten des Weltens kamen aus Amerika Nachrichten, die uns alle erfreuen können, daß nämlich Amerika an der Lösung des Reparationsproblems teilnehmen wird. Ich glaube, daß der englische Minister des Äußeren diese freundschaftliche Stimmung Amerikas in geheimer Weise ausnutzen wird. Das Reparationsproblem berührt uns sehr empfindlich. Das organisierte und gefestigte Deutschland wird uns für England so auch für uns ein Kontinent sein. Die Wäiterten befinden sich daher in einer eigentümlichen Situation, daß sie Deutschland bis zu einem gewissen Grade gegen sich selbst helfen. Trotzdem sind sie zu dieser Hilfe bereit. Ein verrätetes Deutschland ist für uns alle gefährlicher. Wir teilen nicht den Pessimismus bezüglich Deutschlands und seiner Zukunft.

England wird keine separatistische Regierung anerkennen.

London. Nach dem „Daily Telegraph“ hat das britische Kabinett beschlossen, keine separatistische Regierung anzuerkennen, und die britischen Verfassungsbehörden angewiesen, Injurantenbänden nicht in die britische Zone einzulassen und auch nicht die Kontrolle über deutsche Beamten und Eisenbahner des Kölner Gebietes der französischen-belgischen Regie zu übergeben. Demselben Blatte zufolge unterstützen die französischen und belgischen Verfassungsbehörden ein solches Separatistengeschehen.

Der neue Posttarif überholt.

Ein Fernbrief kostet 100 Millionen Mark. Die Reichspostverwaltung hat die Posttarife...

Ministerialdirektor Dr. Federich

Dresden. Ministerialdirektor im Finanzministerium, Dr. Federich, ist von seinem Posten zurückgetreten...

Gerichtssaal.

Ausscheidung zahlreicher räuberischer Einbrüche. Zwei vor Abfahrt des Zuges wurden im Bahnhof...

Das Verbrechen am Wilhelmplatz. In den zeitigen Morgenstunden des 6. Februar wurde, wie seinerzeit ausführlich berichtet...

Stellte den Antrag, als weiteren Sachverständigen den Leipziger Unterichtsprofessor Dr. Kodel telegraphisch zu laden...

Bermischtes.

Motorradunfall. Am Samstag ereignete sich auf der Straße nach München in ungefährer Höhe von Schwiffling ein Unfall...

Eine Bande von Metalldieben verhaftet. Die Berliner Kriminalpolizei hat jetzt zwanzig Mitglieder einer Metalldiebesbande verhaftet...

Eine Räuberhöhle. Die vielen Räuberhöhlen, die in der letzten Zeit in der Umgegend von Penzance bei Bineburg vorgekommen waren...

Turnen, Sport und Spiel.

National. - RSK. Dieses Spiel wurde von den Chemigern, infolge des Ausfalls des West gegen Ost, in letzter Stunde abgesetzt...

Abteilung für Jugendpflege. Die alljährlich, so veranstaltet auch dieses Jahr der Rieser Sportverein mit seiner Jugendabteilung...

Stufe unter der Jugend hervorzuziehen. In auch dieses Jahr auf eine rege Beteiligung zu rechnen. Die Strecke beträgt 2-3 Kilometer...

Kunst und Wissenschaft.

Wagner's „Lohengrin“. (Hundertmal „Lohengrin“ Wagner's „Lohengrin“ erlebt heute Abend die 100. Aufführung...

Volkswirtschaftliches.

Der Goldumrechnungsplan für Reichsbanknoten am 28. und 29. Oktober 1923 beträgt 15 Milliarden. Die Million-Mark...

Borauszahlungen auf die Umsatzensteuer. Durch die Aufwertungsverordnung vom 11. Oktober 1923 und die dann ergangenen Durchführungsbestimmungen vom 13. Oktober 1923...

Umtausch von Goldanleihe in Rentenbankfische. Die Reichsfinanzverwaltung wird im Laufe des Monats Januar 1924...

Marktberichte. Amtlich festgesetzte Preise an den Produktenbörse zu Berlin vom 27. Oktober. Getreide und Mehl...

Amtliches.

Kleine Geldscheine und Münzen

Sind für den Einzelnen fast wertlos. In größeren Mengen sind sie verwertbar zur Linderung der Not...

Sammeln

und durch Gemeindevorstand oder unmittelbar dem Wohlfahrtsamt der Amtshauptmannschaft zu wahl-tätigen Zwecken zukommen lassen.

Die Herren Gemeindevorstände, Geistlichen, Lehrer usw. werden gebeten, das Sammeln, vielleicht unter Heranziehung der Jugend, einzuleiten.

Crossenbain, am 26. Oktober 1923. 2811 A. Die Amtshauptmannschaft.

Die Wohnungsordnung für die Stadt Riesa vom 18. September 1923 liegt zum 29. Oktober 1923 ab 14 Tage lang im Rathaus zu Riesa, Zimmer Nr. 8, zur Einsichtnahme für jedermann öffentlich aus.

Die Geschäftsinhaber werden auf Anregung des Erwerbslosenrates darauf aufmerksam gemacht, daß nur diejenigen Erwerbslosen berechtigt sind...

Kirchennachrichten.

Reformationsfest 1923.

Riesa. Trin.-Gemeinde: 9 Uhr Predigt (Joh. 12, 35-36) und Abendmahl (A.). Posaunenchor: Psalm 46, 2-4. Gräbe. 9 Uhr (Et.). 5. Abendmahl. Dom. ab. 8 Uhr. Pausa. 8 Uhr (Et.). 9 Uhr Predigt, 1 Uhr Abendmahl. Bismarck. 9 Uhr Gottesdienst.

Beitragstabelle vom 29. 10. bis 3. 11.

Table with 4 columns: Stufe, Wochenbeitrag, Sozialversicherungsbeitrag, Lohnabzug pro Woche für Krankenversicherung. Total in Milliarden Mark.

Mit Wirkung vom 22. 10. ab ist für die Versicherungsnehmer der Betriebsbeamten, Angestellten usw. maßgebende Jahresverdienstgrenze auf 1200 Milliarden Mark festgesetzt.

Allgem. Ortskrankenkasse Riesa-Gräbe.

Bereinsnachrichten

Christl. Elternvereingung. Zur Gründung eines Kinderchores (Knaben und Mädchen) Reformationsfest 1/11 Uhr Jugendheim. Rieser Sportverein. Mittwoch 2 Uhr Schützengilde Jahnishausen, Sportkleidung. Freitag abend 8 Uhr wichtige Mittgl.-Verf. Schlachthof.

Die glückliche Geburt eines Töchterchens zeigen hoch erfreut an Edith Lange geb. Heyn Regierungsaurat Lange. Riesa, 28. Oktober 1923.

Verloren kleines Messingradchen (Bahnrad, ca. 7cm Durchmesser) an 32er Kaltern ob. Waufiger Gasse, Geg. Belohn. abzugeben Bismarckstr. 6.

Verloren Rinderkragen Hauptstr. Sonnab. nachm. Belohn. Riesaerstr. 11, p.l.

Junger Schäferhund entlaufen. Geg. gute Belohn. abzugeben. Bismarckstr. 75.

Zugige Seefische. Kleiner Seezander.

Schreibmaschine

„Archo“, fabrikneu, ver-täuslich. Stadteil Gräbe, Alleestraße 15, 2.

Gasthof Leutenich.

Gute Kirmesmusik. 81.10.7 Uhr Cl.m.Schw.

Krautensuppen

im G. D. H. Zablitz Riesa. Donnerstag, 1. 11. abends 8 Uhr, Gisterrasse, Jahresversammlung.

Max Hfsmus und Frau

Creteil geb. Fubricht Vermählte Neuweiba Die heutige Nr. umfasst 4 Seiten.